

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

126. Sitzung

am Donnerstag, dem 26. Februar 2004, 10:00 Uhr,
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzende

in Vertretung von Holger Astrup

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Dr. Heiner Garg (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein an den Landtag und an die Landesregierung gemäß § 99 LHO über das Ergebnis der Prüfung „Reformvorhaben der Landesregierung; Bilanz der Modernisierung“	4
Empfehlung der Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ Umdruck 15/4249	
2. Fortsetzung der Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	5
Umdrucke 15/4170, 15/4176, 15/4191, 15/4223, 15/4279	
3. Sachstandsbericht zur Prüfung der Ostsee-Akademie durch den Bundesrechnungshof	6
Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur Umdruck 15/4190	
4. Verwaltungsvereinbarung über das Kompetenznetzwerk für Bibliotheken	7
Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur Umdruck 15/4194	
5. Einführung eines bundeseinheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)	8
Vorlage des Innenministeriums Umdruck 15/4243	
6. Information/Kenntnisnahme	9
Umdruck 15/4193 - Jahresbericht 2003 für den budgetierten Aufgabenbereich „Kredite, finanzderivate Schulden“ (Kapitel 1116) Umdruck 15/4244 - Sparkassenrecht	
7. Verschiedenes	10

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein an den Landtag und an die Landesregierung gemäß § 99 LHO über das Ergebnis der Prüfung „Reformvorhaben der Landesregierung; Bilanz der Modernisierung“

Empfehlung der Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“
Umdruck 15/4249

Einstimmig verabschiedet der Finanzausschuss folgendes Votum zu dem Sonderbericht des Landesrechnungshofs:

„Der Finanzausschuss stimmt den in die Zukunft gerichteten Vorschlägen des Landesrechnungshofs für einen wirtschaftlichen Modernisierungsprozess, insbesondere zur Festlegung von Zielen, zur Durchführung von Ist- und Bedarfsanalysen und Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen sowie zur notwendigen Evaluation und Dokumentation, zu.

Der Finanzausschuss bittet die Landesregierung, zusammen mit dem Parlament und seinen Gremien die Funktionalreform sowie die Diskussion zur Definition der Kernaufgaben des Staates voranzubringen. Ferner begrüßt er, dass die Landesregierung beabsichtigt, die Verwaltungsmodernisierung im Sinne eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses weiterhin nachhaltig voranzutreiben und dabei die Feststellungen und Empfehlungen des Landesrechnungshofs, die er im Rahmen seiner „Modernisierungsbilanz“ getroffen hat, konstruktiv in ihre weiteren Überlegungen zur Fortentwicklung der Verwaltungsreform einzubeziehen.“

Punkt 2 der Tagesordnung:

Fortsetzung der Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

Umdrucke 15/4170, 15/4176, 15/4191, 15/4223, 15/4279

Abg. Heinold und Mitglieder der SPD legen Wert darauf, dass Schleswig-Holstein die verfügbaren GA-Mittel sowohl 2003 als auch in den Vorjahren in voller Höhe durch entsprechende Bewilligungen in Anspruch genommen habe (Umdruck 15/4191).

Die Mitglieder der CDU hinterfragen unter Hinweis auf eine Kleine Anfrage zu der Thematik die Tatsache, dass Fördermittel zu spät und zögerlich abgerufen würden.

RL Balduhn erläutert kurz das Förderverfahren (Umdruck 15/4191) und macht darauf aufmerksam, dass Fördermittel in vielen Bereichen erst gegen Ende des Jahres fließen und das Land den Bewilligungsrahmen zu 100 % in Anspruch genommen habe.

Der Finanzausschuss bekräftigt sein Votum, dass die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ seitens des Bundes ungeschmälert fortgesetzt werden muss, und beschließt, die schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten noch einmal auf die Bedeutung der Gemeinschaftsaufgabe für Schleswig-Holstein hinzuweisen und darüber zu unterrichten, dass Schleswig-Holstein den Bewilligungsrahmen zu 100 % in Anspruch genommen hat.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Sachstandsbericht zur Prüfung der Ostsee-Akademie durch den Bundesrechnungshof

Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Umdruck 15/4190

Abg. Neugebauer möchte vom Landesrechnungshof wissen, warum er bei seiner Prüfung der Ostsee-Akademie im Jahr 1998 nicht die in Rede stehenden gravierenden Verstöße festgestellt habe, und erwartet von der Landesregierung spätestens im Mai einen Bericht darüber, welche Maßnahmen die Landesregierung aufgrund der Feststellungen des Bundesrechnungshofs ergreife (insbesondere Frage der Rückforderungen).

MDgt Pätschke teilt mit, der Landesrechnungshof habe sich 1997/1998 auf die Prüfung der Zuwendungen an die Ostsee-Akademie beschränkt und einen völlig anderen Prüfungsansatz als der Bundesrechnungshof verfolgt.

Abg. Heinold - unterstützt von SPD und SSW - wundert sich, dass der Landesrechnungshof bei seiner damaligen Prüfung nicht darauf gestoßen sei, dass öffentlich geförderte Räumlichkeiten zweckentfremdet genutzt worden seien.

Auf weitere Fragen aus dem Ausschuss erwidert MDgt Pätschke, zum damaligen Zeitpunkt habe es keinerlei Hinweise darauf gegeben, dass „in diesem Bereich irgendetwas nicht in Ordnung ist“. Die Prüfungsmitteilungen seien nicht in die der Regierung und dem Parlament zugeleiteten Bemerkungen aufgenommen und Ostsee-Akademie und Pommernzentrum somit in der Öffentlichkeit nicht „freigesprochen“ worden.

Abg. Gröpel thematisiert die Zukunft der betroffenen Liegenschaft in Travemünde.

Der Ausschuss erbittet eine Stellungnahme vom Landesrechnungshof bis zur übernächsten Sitzung zu Auftrag und Ergebnis seiner damaligen Prüfung und von der Landesregierung zum weiteren Vorgehen (insbesondere zur Frage der Rückforderungen) und beschließt, die Thematik im Mai wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verwaltungsvereinbarung über das Kompetenznetzwerk für Bibliotheken

Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Umdruck 15/4194

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Einführung eines bundeseinheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)

Vorlage des Innenministeriums
Umdruck 15/4243

Abg. Wiegard möchte von der Landesregierung wissen, welche Kosten auf den Landeshaushalt zukämen und mit welchen Kosten für die Beschaffung der Endgeräte zu rechnen sei.

St Lorenz äußert, die Kosten für Investition und Betrieb des Systems (ohne Beschaffung der Endgeräte) beliefen sich auf 3 Milliarden bis 4 Milliarden € und ließen sich im jetzigen Stadium - vor der Durchführung des Ausschreibungsverfahrens - nicht näher beschreiben.

MDgt Pätchke verweist auf § 15 und § 16 der Dachvereinbarung - Kostenverteilung, Haushaltsvorbehalt - und die Notwendigkeit, vor Abschluss des Rahmenvertrages die Kosten und finanziellen Auswirkungen auf den Landeshaushalt ausreichend prüfen zu können.

St Döring teilt mit, dass auch die Finanzkontrolle in die zu der Thematik gegründete Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingebunden sei.

Der Finanzausschuss unterstützt das Vorgehen und erwartet von der Bundesregierung, sich angemessen an den Kosten zu beteiligen, und von der Landesregierung, so früh wie möglich über genauere Kostenvolumina und rechtzeitig vor Abschluss der Rahmenvereinbarung/Auftragsvergabe über die Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern unterrichtet zu werden.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 15/4193 - Jahresbericht 2003 für den budgetierten
Aufgabenbereich „Kredite, finanzderivate Schulden“
(Kapitel 1116)

Umdruck 15/4244 - Sparkassenrecht

Der Ausschuss nimmt beide Vorlagen zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

St Döring unterrichtet den Ausschuss darüber, dass eine ehemalige Landesministerin, die früher Bundesbeamtin gewesen sei, im Zuge der öffentlichen Diskussion über die Ministerbesoldung und Änderung des Landesministergesetzes an die Landesregierung mit der Bitte herangetreten sei, ihrem Fall nachzugehen. Nachdem Versorgungsansprüche vonseiten des Bundes bisher weder festgestellt noch geleistet worden seien, habe man gegenüber dem Bund die Ansprüche in voller Höhe geltend gemacht.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die Sitzung um 11:20 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer